

AUFTRAGSBEKANNTMACHUNG
ÖFFENTLICHE AUSSCHREIBUNG nach § 3 Abs. 1 VOB/A

- Auftraggeber:** Ortsgemeinde Heßheim
Hauptstraße 36, 67258 Heßheim
- Vergabestelle des Auftraggebers:** Verbandsgemeindeverwaltung Lamsheim-Heßheim
Verwaltungsstelle Heßheim
Hauptstraße 14, 67258 Heßheim
E-Mail: Lamsheim@Bieteranfrage.de
- Art des Auftrags:** Bauauftrag
- Ort der Ausführung:** 67258 Heßheim
- Maßnahme:** Ausbau des Heuchelheimer Weges in Heßheim
- Art und Umfang der Leistung:** Wegebau- und vegetationstechnische Arbeiten
- Bitu- Abbruch ca. 190 m³
 - Pflanzliche Bodendecke abräumen ca. 1.200 m²
 - Oberboden abtragen, beseitigen ca. 350 m³
 - Recyclingschotter 30 cm einbauen ca. 2.720 m²
 - Schottertragschicht 15 cm einbauen ca. 2.720 m²
 - Asphalttragdeckschicht einbauen ca. 1.920 m²
 - Vegetationsschicht fraesen ca. 1.590 m²
 - Bäume liefern, pflanzen 17 Stk.
- Losweise Vergabe:** Die Vergabe nach Losen wird vorbehalten
 Nein
- Ausführungszeitraum:** 04.04.2022 - 03.06.2022
- Hauptangebote:** Mehrere Hauptangebote sind zugelassen
(ggf. unter Bedingungen, siehe Angebotsaufforderung)
 Mehrere Hauptangebote sind nicht zugelassen
- Nebenangebote:** Nebenangebote sind zugelassen
(ggf. unter Bedingungen, siehe Angebotsaufforderung)
 Nebenangebote sind nicht zugelassen
- Anforderung:** Vergabeunterlagen können ausschließlich in elektronischer Form unter www.subreport-elvis.de/E34155598 bezogen werden.
- Gebühr:** Eine Schutzgebühr für den Bezug der Vergabeunterlagen wird nicht erhoben.

- Kommunikation:** Die Kommunikation erfolgt
 elektronisch über die Vergabeplattform.
 in Kombination: bis zum Ablauf der Angebotsfrist elektronisch über die Vergabeplattform; danach schriftlich oder in Textform:
 Anfragen zu den Vergabeunterlagen sind bis zum Ablauf der Angebotsfrist auch per E-Mail möglich unter Lamsheim@Bieteranfrage.de.
Die Beantwortung von Anfragen erfolgt ausschließlich über die Vergabeplattform.
- Ablauf der Angebotsfrist:** Datum: 31.01.2022
- Wegebau- und vegetationstechnische Arbeiten..... 11:00 Uhr
- Sprache:** Das Angebot ist in deutscher Sprache abzufassen.
- Form der Angebotsabgabe:** Angebote können ausschließlich elektronisch (verschlüsselt über die Vergabeplattform) abgegeben werden.
Die Einreichung schriftlicher Angebote (in Papierform) ist nicht zugelassen.
- Eröffnungstermin und -ort:** Datum: 31.01.2022
- Wegebau- und vegetationstechnische Arbeiten..... 11:00 Uhr
Die elektronische Angebotsöffnung findet unter www.subreport-elvis.de statt.
Personen, die bei der Eröffnung anwesend sein dürfen:
Bieter und deren Bevollmächtigte sind nicht zugelassen.
- Nachforderung:** Fehlende Unterlagen, deren Vorlage mit dem Angebot gefordert war, werden
 nachgefordert.
- Bindefrist:** bis 14.03.2022
- Zuschlagskriterien:** Siehe Vergabeunterlagen.

Bevorzugungsregelung nach dem Sozialgesetzbuch IX

Ist das Angebot eines bevorzugten Bieters ebenso wirtschaftlich wie das ansonsten wirtschaftlichste Angebot eines nicht bevorzugten Bieters, so wird dem bevorzugten Bieter der Zuschlag erteilt.

Bei der Wertung der Angebote wird der von bevorzugten Unternehmen angebotene und zur Wertung herangezogene Preis

- a) bei anerkannten Werkstätten für behinderte Menschen und anerkannten Blindenwerkstätten mit einem Abschlag von 15 v. H.,
- b) bei anerkannten Inklusionsbetrieben mit einem Abschlag von 10 v. H.

berücksichtigt.

Falls das Angebot von einer Bietergemeinschaft abgegeben wird, so wird nur der Anteil berücksichtigt, den die bevorzugten Einrichtungen an dem Gesamtangebot der Arbeitsgemeinschaft haben. Bei der Angebotsabgabe ist der Anteil der bevorzugten Einrichtungen anzugeben.

Berücksichtigung von Ausbildungsbetrieben

Bei der Wertung der Angebote wird im Rahmen der vergaberechtlichen Bestimmungen bei sonst wirtschaftlich gleichwertigen Angeboten dem Unternehmen bevorzugt der Zuschlag erteilt, das zum Zeitpunkt der Ausschreibung im Verhältnis zu den mitbietenden Unternehmen Ausbildungsplätze bereitstellt oder sich an der beruflichen Erstausbildung beteiligt.

Diese Voraussetzungen sind auf gesondertes Verlangen durch eine Eigenerklärung nachzuweisen. Eine Anwendung dieser Regelung ist ausgeschlossen, wenn eines der gleichwertigen Angebote von einem ausländischen Bieter abgegeben wurde.

Berücksichtigung von Unternehmen m. Frauenfördermaßnahmen

Bei der Wertung der Angebote wird im Rahmen der vergaberechtlichen Bestimmungen bei sonst wirtschaftlich gleichwertigen Angeboten dem Unternehmen bevorzugt der Zuschlag erteilt, das zum Zeitpunkt der Ausschreibung im Verhältnis zu den mitbietenden Unternehmen umfassendere Maßnahmen zur Förderung der Gleichstellung von Frauen im Erwerbsleben durchführt.

Diese Voraussetzungen sind auf gesondertes Verlangen durch eine Eigenerklärung nachzuweisen. Eine Anwendung dieser Regelung ist ausgeschlossen, wenn eines der gleichwertigen Angebote von einem ausländischen Bieter abgegeben wurde.

Nachweise, mit dem Angebot vorzulegen:

- Der Bieter hat mit seinem Angebot zum Nachweis seiner Fachkunde, Leistungsfähigkeit und Zuverlässigkeit eine direkt abrufbare Eintragung in die allgemein zugängliche Liste des Vereins für Präqualifikation von Bauunternehmen e.V. (Präqualifikationsverzeichnis) nachzuweisen.

Der Nachweis der Eignung kann auch durch Eigenerklärungen gem. Formblatt 124 (Eigenerklärungen zur Eignung), alternativ durch Vorlage einer Einheitlichen Europäischen Eigenerklärung (EEE) erbracht werden.

Hinweis: Soweit zuständige Stellen Eigenerklärungen bestätigen, sind von Bietern, deren Angebote in die engere Wahl kommen, die entsprechenden Bescheinigungen auf Verlangen der Vergabestelle innerhalb der von der Vergabestelle benannten Frist vorzulegen. Das Formblatt 124 (Eigenerklärungen zur Eignung) ist den Vergabeunterlagen beigelegt.

Sämtliche mit dem Angebot einzureichenden Nachweise sind im beigelegten Verzeichnis der im Vergabeverfahren vorzulegenden Unterlagen (Formblatt 216) aufgeführt.

Nachweise, auf gesondertes Verlangen vorzulegen:

- Angaben zu Arbeitskräften
- Gewerbeanmeldung, Handelsregisterauszug, Eintragung in die Handwerksrolle bzw. bei der IHK
- rechtskräftig bestätigter Insolvenzplan – soweit erforderlich
- Unbedenklichkeitsbescheinigungen der tarifl. Sozialkassen, des Finanzamtes, der Berufsgenossenschaft
- Freistellungsbescheinigung nach § 48b EStG.

Auf gesondertes Verlangen vorzulegende Nachweise sind in der Angebotsaufforderung unter Buchstabe D) und Ziffer 3.4 sowie im Verzeichnis der im Vergabeverfahren vorzulegenden Unterlagen (Formblatt 216) aufgeführt.

geforderte Sicherheiten:

Sicherheiten für Vertragserfüllung und Mängelansprüche (Details siehe Vergabeunterlagen)

Zahlungsbedingungen:

Gemäß VOB/B (Details siehe Vergabeunterlagen)

Rechtsform der/Anforderung an Bietergemeinschaften:

Bietergemeinschaften wird keine Rechtsform vorgeschrieben. Es wird jedoch die Benennung eines verantwortlichen Ansprechpartners verlangt. Dieser muss für die Bietergemeinschaft als bevollmächtigter Vertreter (§§ 164 ff. BGB) handeln können und für diese insbesondere Erklärungen abgeben dürfen. Die Mitglieder der Bietergemeinschaft haften dem Auftraggeber gegenüber gesamtschuldnerisch.

Sonstiges:

Der Auftraggeber wendet die Regelungen der Verwaltungsvorschrift „Öffentliches Auftragswesen in Rheinland-Pfalz“ vom 18.08.2021, veröffentlicht im Ministerialblatt der Landesregierung von Rheinland-Pfalz vom 6. September 2021, an.

Der Auftraggeber wendet die Regelungen des „Landesgesetz zur Gewährleistung von Tariftreue und Mindestentgelt bei öffentlichen Auftragsvergaben (LTTG)“ in der jeweils geltenden Fassung an.

Nachprüfungsstelle (§ 21 VOB/A):

Stelle, an die sich der Bewerber oder Bieter zur Nachprüfung behaupteter Verstöße gegen die Vergabebestimmungen wenden kann:

- Zuständige Aufsichtsbehörde
Kreisverwaltung Rhein-Pfalz-Kreis, Europaplatz 5,
67063 Ludwigshafen
- Schriftlich an die o.g. Vergabestelle des Auftraggebers

Lambsheim, 05.01.2022

Michael Reith
(Bürgermeister)